



An den Grossen Rat

20.5470.02

GD/P205470

Basel, 6. Januar 2021

Regierungsratsbeschluss vom 6. Januar 2021

Interpellation Nr. 154 Beat K. Schaller betreffend «zielgruppengerechte Ansprache und Orientierung von speziell dem Corona-Ansteckungsrisiko ausgesetzten Teilen der Bevölkerung»

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 9. Dezember 2020)

Teile unserer Bevölkerung sind wegen sozio-kultureller, sprachlicher oder anderer Hürden nur bedingt erreichbar. Gerade im Problemkreis der Coronakrise und deren Bewältigung ist es enorm wichtig, dass tatsächlich und nachweisbar die gesamte Bevölkerung angesprochen und über die Massnahmen orientiert wird.

In den vergangenen Tagen sind in den Medien Artikel erschienen, es sollen 70 Prozent der Corona-Patienten einen Migrationshintergrund haben. Auch aus Kreisen der Pflegefachkräfte wird laut Medien diese Zahl genannt. Eine Sprecherin des Krisenstabs des Kantons Basel-Landschaft sagte im SRF Regionaljournal: "Wir erreichen gewisse Bevölkerungsgruppen nicht genügend, vor allem die nicht deutschsprachigen."

Die Generalsekretärin des Gesundheitsdepartements Basel-Stadt schreibt auf Anfrage: "Unsere Daten lassen gegenwärtig keine differenzierte Analyse zu einem Zusammenhang zwischen Corona und Migrationshintergrund zu. Dafür müsste der Migrationsstatus genauer erhoben werden. Während der Pandemie ist uns aufgefallen, dass vulnerable, oftmals fremdsprachige Menschen einen erschwertem Zugang zu gesicherten, aktuellen und lokalen Informationen rund um den Umgang mit dem Coronavirus haben." Sie schreibt weiter, dass bereits Sprachnachrichten mit den wichtigsten Bestimmungen und Empfehlungen rund um das Coronavirus in 17 Sprachen aufgenommen worden sind. Diese Nachrichten würden nach dem Prinzip einer "Telefonlawine" über Whatsapp in den Netzwerken der interkulturellen Organisationen verbreitet.

Diese Massnahmen sind begrüßenswert, sind aber angesichts der berichteten 70 Prozent bei Weitem nicht genügend. Wenn die Zahl von 70 Prozent auch nur der Grössenordnung nach stimmt, besteht hier ein Risiko nicht nur für die betreffenden Gruppen, sondern für die gesamte Bevölkerung. Es müssen Daten erhoben werden, welche Licht auf diesen Sachverhalt werfen, damit diese Teile der Bevölkerung gezielter angesprochen und entsprechende Massnahmen eingeleitet werden, um sie selbst und ihre Umgebung besser schützen zu können. Gerade in einer ausserordentlichen Zeit wie der jetzigen müssen sämtliche Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um der Krise Herr zu werden. Tabus sind fehl am Platz: es muss untersucht werden, ob ein Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Corona besteht. Es muss Alles und Sämtliches unternommen werden, damit bei der Coronabewältigung nicht einzelne Bevölkerungsgruppen durch die Maschen fallen.

Wir bitten deshalb den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, Massnahmen zu ergreifen, um die Datenbasis für eine verbesserte Zielgruppenorientierung der Kommunikation über den Umgang mit Corona zu ermöglichen?
 - a. Wenn Ja, welches sind diese Massnahmen und wie sieht der Einführungsfahrplan aus?
 - b. Wenn Ja, ist der Regierungsrat bereit, diese Zielgruppen öffentlich zu benennen? Wenn nicht, möge er dies begründen.
 - c. Wenn Nein, wieso nicht?
 - d. Wenn Nein, ist er bereit, dies bei einer weiteren Verbreitung des Covid-19 Virus zu ändern?
2. Ist der Regierungsrat bereit, Daten zu erheben, welche eine differenzierte Analyse zu einem Zusammenhang zwischen Corona und Migrationshintergrund erlauben?
 - a. Wenn Ja, ist der Regierungsrat bereit, diese Daten zusammen mit anderen als relevant eingestuften Zahlen regelmässig zu publizieren? Sollte der Regierungsrat dazu nicht bereit sein, bitten wir ihn um eine nachvollziehbare und detaillierte Erklärung.
 - b. Wenn Ja, bitten wir den Regierungsrat aufzuzeigen, was er unternimmt, um diese hohe Zahl von 70 Prozent zu erklären.
 - c. Wenn der Regierungsrat eine andere Zahl nennen will, möge er erklären, wie er diese Zahl erhoben hat, welche Schlüsse er daraus zieht und welche Massnahmen er ergreift.
 - d. Wenn Nein, wieso nicht?
 - e. Wenn Nein, ist der Regierungsrat bereit, dies bei einer weiteren Verbreiterung des Covid-19 Virus zu ändern?
3. Welche Massnahmen ist der Regierungsrat bereit zu ergreifen:
 - a. um die obige und weitere möglicherweise besonders dem Coronarisiko ausgesetzte Teile der Bevölkerung zu identifizieren?
 - b. um diese Teile der Bevölkerung gezielt anzusprechen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, der Öffentlichkeit eine detaillierte, kritische und ergebnisoffene Beurteilung seiner bisherigen Kommunikationsmassnahmen vorzulegen?
 - a. Wenn Ja, bis wann würde diese Beurteilung vorliegen?
 - b. Wenn Nein, wieso nicht?

Beat K. Schaller

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. *Ist der Regierungsrat bereit, Massnahmen zu ergreifen, um die Datenbasis für eine verbesserte Zielgruppenorientierung der Kommunikation über den Umgang mit Corona zu ermöglichen?*
 - a. *Wenn Ja, welches sind diese Massnahmen und wie sieht der Einführungsfahrplan aus?*
 - b. *Wenn Ja, ist der Regierungsrat bereit, diese Zielgruppen öffentlich zu benennen?*
Wenn nicht, möge er dies begründen.
 - c. *Wenn Nein, wieso nicht?*
 - d. *Wenn Nein, ist er bereit, dies bei einer weiteren Verbreitung des Covid-19 Virus zu ändern?*

Der Regierungsrat teilt die Einschätzung des Interpellanten, dass die Datenerfassung und deren Auswertung in der Epidemiologie eine wichtige Rolle spielen. Die massgeblichen Einflussfaktoren sind aber vielschichtig und liegen auf mehreren Ebenen. Der Migrationshintergrund stellt dabei für sich genommen keinen klar definierten und abgrenzbaren Faktor dar.

Diverse Studien haben jedoch gezeigt, dass der sozioökonomische Status einer Person – übrigens nicht nur im Falle von COVID-19 – stark mit ihrer Gesundheitskompetenz, der Risikoausgesetztheit und dem allgemeinen Gesundheitszustand korreliert. Aus diesem Grund kommen Daten zum soziökonomischen Status bei kantonalen Erhebungen im Bereich von Public Health immer zentrale Bedeutung zu.

Im Rahmen der aktuellen Pandemiebekämpfung werden bereits viele Daten erfasst. Die im Rahmen des Contract Tracing zu erhebenden Kriterien werden dabei vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) definiert. Das Herkunftsland wird hierbei nicht erfragt. Relevante Daten sind aber beispielsweise der Beruf, die Wohnsituation sowie die vermutete Ansteckungsquelle.

Die ergriffenen Kommunikationsmassnahmen des Kantons Basel-Stadt richten sich dann jeweils an jene Personengruppen, welche im Zusammenhang mit Infektionsgeschehen und Krankheitslast besonders im Fokus stehen, und werden laufend angepasst. Diese Zielgruppen werden in der Kommunikation des Kantons stets benannt. Zu ihnen gehören nebst den Risikogruppen, für welche das Coronavirus besonders gefährlich sein kann (ältere Menschen, schwangere Frauen und Erwachsene mit gewissen Vorerkrankungen), auch Personen mit tiefem sozioökonomischem Status sowie Personen mit Migrationshintergrund.

Als Unterstützungsmassnahme für Personen in wirtschaftlich sehr bescheidenen Verhältnissen hat der Kanton Basel-Stadt deshalb beispielsweise bereits im August 2020 beschlossen, diese Personengruppe gesondert zu informieren und ihr ein bestimmtes Kontingent an Hygienemasken gratis abzugeben. Um die Menschen mit Migrationshintergrund im Kanton Basel-Stadt mit Empfehlungen zum Umgang mit dem Coronavirus besser zu erreichen, wurde zudem die „Seifenboss“-Kampagne mit den Informationen für die Reiserückkehrer nebst Deutsch in sieben weiteren Sprachen publiziert sowie die neu lancierten WhatsApp-Audio-Botschaften mit aktuellen Informationen zum Coronavirus in 17 weiteren Sprachen aufgenommen und breit gestreut.

Der Regierungsrat sieht daher aufgrund der genannten Ausführungen derzeit keinen Anlass, Massnahmen zur Erweiterung der Datenerfassung zu ergreifen.

Um eine nachhaltige Analysegrundlage über die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf die Lebensumstände zu schaffen, haben die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft im Juli 2020 beschlossen, zusammen mit dem federführenden Schweizerischen Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH) die Langzeitstudie «COVCO-Basel» zu starten. Deren Ziel ist es, die direkten und indirekten Auswirkungen der Corona-Epidemie auf die Menschen und ihr Verhalten zu erfahren und gleichzeitig aktuelle Aussagen zur Seroprävalenz in der Bevölkerung zu erhalten. Im Rahmen dieser Studie wird unter anderem nach der Lebensqualität, der körperlichen und psychischen Gesundheit, dem Lebensstil oder der Situation am Arbeitsplatz gefragt und die Erhebung liefert damit Daten der Seroprävalenz nach verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Die Studie ist ein wichtiger Bestandteil des Nationalen Forschungsprogramms «Corona Immunitas» (<https://www.corona-immunitas.ch/>) der Swiss School of Public Health und verfügt damit über internationale Ausstrahlung.

2. *Ist der Regierungsrat bereit, Daten zu erheben, welche eine differenzierte Analyse zu einem Zusammenhang zwischen Corona und Migrationshintergrund erlauben?*
 - a. *Wenn Ja, ist der Regierungsrat bereit, diese Daten zusammen mit anderen als relevant eingestuften Zahlen regelmässig zu publizieren? Sollte der Regierungsrat dazu nicht bereit sein, bitten wir ihn um eine nachvollziehbare und detaillierte Erklärung.*
 - b. *Wenn Ja, bitten wir den Regierungsrat aufzuzeigen, was er unternimmt, um diese hohe Zahl von 70 Prozent zu erklären.*
 - c. *Wenn der Regierungsrat eine andere Zahl nennen will, möge er erklären, wie er diese Zahl erhoben hat, welche Schlüsse er daraus zieht und welche Massnahmen er ergreift.*
 - d. *Wenn Nein, wieso nicht?*
 - e. *Wenn Nein, ist der Regierungsrat bereit, dies bei einer weiteren Verbreiterung des Covid-19 Virus zu ändern?*

Die Erhebung von Daten, welche eine differenzierte Analyse zu einem Zusammenhang zwischen Corona und Migrationshintergrund erlauben, lehnt der Regierungsrat ab. Dies namentlich aus folgenden Gründen:

Die meldepflichtigen Daten werden in enger Abstimmung mit den anderen Kantonen über das BAG koordiniert. Dabei stellt die Nationalität bei der Rückverfolgung von Kontakten kein entscheidendes Kriterium dar, sondern hier liegt der Fokus auf der Nachverfolgung von Infektionsketten. Für die Erfassung der Nationalität müssten in den zugrundeliegenden IT-Datenbanken eine zusätzliche Kategorie aufgebaut und deren Nachvollzug gewährleistet werden; dies wäre mit einem massiven strukturellen und personellen Mehraufwand verbunden und ist für den Kanton Basel-Stadt zum aktuellen Stand der Krise keine realistische Massnahme.

Eine Erklärung für den hohen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund auf Intensivstationen ist, dass diese Personengruppe über eine niedrigere Gesundheitskompetenz verfügt und aufgrund ihrer Wohnsituation, ihrer beruflichen Tätigkeiten sowie ihres gesundheitlichen Allgemeinzustandes mit Blick auf COVID-19 höheren Risiken ausgesetzt ist. So bestätigen auch Studien einer Reihe von OECD-Ländern bei Menschen mit Migrationshintergrund ein Infektionsrisiko, das mindestens doppelt so hoch ist wie das der gebürtigen einheimischen Personen (<https://www.oecd.org/coronavirus/policy-responses/what-is-the-impact-of-the-covid-19-pandemic-on-immigrants-and-their-children-e7cbb7de/>).

Im Kanton Basel-Stadt beträgt der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung gut 35%. Da das Ansteckungsrisiko bei dieser Personengruppe im Vergleich zu den gebürtigen Einheimischen gemäss der zitierten Studien rund doppelt so hoch ist, liegt der erwartbare Anteil ausländischer Personen an alle COVID-Erkrankten in Basel-Stadt bereits über 50%.

Der Regierungsrat ist sich der dargelegten Problematik bewusst und steht bezüglich dieser Thematik in einem engen Austausch mit dem BAG und dem Kanton Basel-Landschaft. Zudem wurde eine interkantonale Arbeitsgruppe gegründet, welche das Thema Covid-19 und Migration bearbeitet.

3. *Welche Massnahmen ist der Regierungsrat bereit zu ergreifen:*
 - a. *um die obige und weitere möglicherweise besonders dem Coronarisiko ausgesetzte Teile der Bevölkerung zu identifizieren?*
 - b. *um diese Teile der Bevölkerung gezielt anzusprechen?*

Ein wichtiger Fokus des Regierungsrats liegt seit Beginn der Pandemie darauf, via Contact Tracing Infektionsherde und Hotspots zu erkennen, zu erfassen und dann mit gezielten Massnahmen zu bekämpfen. In diesem Sinne wird laufend analysiert, welche Bevölkerungsgruppen einer möglichen Ansteckung besonders ausgesetzt sind. Auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse werden die Kommunikationsmassnahmen auf dieser Basis kontinuierlich angepasst und, wo nötig, verstärkt.

Als Beispiel für eine entsprechende Massnahme sei an dieser Stelle das Projekt „Vitalina im Park“ genannt, bei welchem Eltern mit Migrationshintergrund im öffentlichen Raum von interkulturellen Vermittlerinnen in deren Muttersprache angesprochen wurden und Informationen zu Corona vermittelt haben. Auch die Botschaften zum Coronavirus bei der bereits genannten, an Reiserückkehrer gerichteten Seifenboss-Teilkampagne sowie der WhatsApp-Lawine mit Audio-Nachrichten werden in diversen Sprachen kommuniziert. Darüber hinaus zielen die Schutz- und Kommunikationsmassnahmen auf Verhaltensänderungen in der Gesamtbevölkerung und auf die Erhöhung der Sicherheit an öffentlich zugänglichen Orten, wovon schlussendlich alle profitieren.

4. *Ist der Regierungsrat bereit, der Öffentlichkeit eine detaillierte, kritische und ergebnisoffene Beurteilung seiner bisherigen Kommunikationsmassnahmen vorzulegen?*
 - a. *Wenn Ja, bis wann würde diese Beurteilung vorliegen?*

b. Wenn Nein, wieso nicht?

Der Regierungsrat erachtet dies als nicht notwendig. Aspekte des sozioökonomischen Status werden – nicht nur im Falle der Pandemie – bei der Planung und Umsetzung von Präventions- und Kommunikationsmassnahmen im Kanton Basel-Stadt immer mitberücksichtigt. Rezeptionsanalysen sind bei den durchgeführten Kampagnen Standard, und die Nutzungszahlen der Informations- und Kommunikationsplattformen des Kantons sind bekannt.

Hinzu kommt, dass die kantonalen Kommunikationsmassnahmen im Zusammenhang mit Covid-19 von Anfang an sehr breit waren; sie reichten von der klassischen Medienberichterstattung, über Kampagnen, spezielle Homepages, bis hin zur Infoline und gezielten Info-Aktionen (vgl. Bericht zur Motion Patricia von Falkenstein betreffend «Erkenntnisse aus der Corona-Krise und ihrer Bewältigung»

<http://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100393/000000393206.pdf?t=16076829752020121113615>.

Eine detaillierte Berichterstattung, wie vom Interpellanten vorgeschlagen, hat bei der aktuell sehr herausfordernden Planung und Umsetzung von Massnahmen zur Pandemiebekämpfung aus Sicht des Regierungsrates nicht Priorität.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

E. Ackermann

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

B. Schüpbach-Guggenbühl

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin